

dagegen den Behörden die Beseitigung bestehender Simultanschulen erleichtert werden sollte, legte am 27. Januar 1892 eine große Berliner Volksversammlung geharnischten Protest ein, und weitere Protestversammlungen der Berliner Arbeiterschaft folgten in den nächsten Tagen. Der Sturm, der auch die bürgerlich-liberalen Kreise der Bevölkerung und einen Teil der Bürokratie erfaßte, war so stark, daß der Sedlitzsche Entwurf zurückgezogen werden mußte, und mit ihm verschwand auch sein Urheber aus dem Ministerium, um fortan als Oberpräsident in der höheren Verwaltung für seine Ideen zu wirken.

Gegen Ende 1892, am 7. Dezember, protestierte die sozialdemokratische Arbeiterschaft Berlins in neun großen Volksversammlungen gegen die Militärvorlage des Grafen Caprivi, die zwar die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen, zugleich aber auch eine bedeutende Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres vorsah und um derentwillen, da das Zentrum und die Freisinnigen nicht alles bewilligen wollten, was die Vorlage verlangte, der Reichstag am 6. Mai 1893 aufgelöst wurde.

Für die absolute Ablehnung der Vorlage durch die Sozialdemokratie war neben ihrer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus auch der Umstand maßgebend, daß nach der Steuerpraxis der Reichstagsmehrheit die bedeutenden Mehrkosten der Militärvorlage durch indirekte Steuern anzubringen waren. Unter anderem drangen Mitteilungen über eine in Aussicht genommene Erhöhung der Biersteuer in die Öffentlichkeit, und gegen diesen Plan protestierte am 11. Dezember 1892 eine große Versammlung der Böttcher und Brauer Berlins. Man ließ ihn übrigens bis auf weiteres wieder fallen. Dafür tauchte, nachdem der neugewählte Reichstag die Heeresvermehrung bewilligt hatte, in der Winteression 1893/94 neben anderen Steuerprojekten das Projekt einer Erhöhung der Tabaksteuer in greifbarer Gestalt auf, und wollte, trotzdem es in fast allen Parteien Gegner fand, für eine ganze Weile nicht das Feld räumen. Am 7. Oktober 1894 protestierten in fünf großen Versammlungen die Tabakarbeiter Berlins gegen die Bedrohung ihrer Industrie.

Hatten in den letzten zwei Fällen die Arbeiter besonderer Industrien sich ihrer Haut gewehrt, so gab die famose Eulenburg-Röllersche Umsturzvorlage wieder Anlaß zu einer großen Protestaktion des ganzen sozialistischen Berlin ohne Unterschied von Beruf und Klassenzugehörigkeit. In 16 glänzend besuchten Volksversammlungen wurde am 11. Januar 1895 von der Tribüne herab und durch Zurufe und Abstimmung der Versammelten erklärt, daß sie, wie es in der überall einmütig angenommenen Resolution hieß, in der Vorlage ein „neues Sozialistengesetz“ und eine Bestätigung der Unfähigkeit der herrschenden Klassen erblickten, durch Reformarbeit wahrhaft kulturell zu wirken, daß sie gegen die Bestrebungen, die auf Unterdrückung von Freiheit und Gerechtigkeit hinausliefen, energisch Protest erheben und jeden, der im Reichstag dem Nachwerk zustimme, für einen Feind der Kultur und des Volkes betrachteten.

Die Vorlage fiel, und es kam im Spätherbst 1895 der Röllers-Streich. Wie schnell und kräftig ihn die Arbeiterschaft Berlins parierte und von ihrer prompt erfolgten Antwort in zwölf Volksversammlungen ist in einem anderen Kapitel (Kapitel 3, S. 81 ff.) geschildert. Der Vollständigkeit halber sei jedoch dieses besonders eindrucksvollen Protestes auch hier gedacht.